



## Dringlichkeitsantrag

TOP:  
Vorlagen-Nummer: **VII/2020/00948**  
Datum: 07.02.2020  
Bezug-Nummer.  
PSP-Element/ Sachkonto:  
Verfasser:  
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	26.02.2020	öffentlich Entscheidung

**Betreff: Dringlichkeitsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Erhalt der Auflage der gedruckten Exemplare des Amtsblattes der Stadt Halle (Saale) im bisherigen quantitativen Umfang**

### Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat von Halle bittet den Oberbürgermeister, von einer Einschränkung der gedruckten Auflage von derzeit 135.200 auf dann 50.000 Exemplare abzusehen.
2. Der Stadtrat von Halle bittet den Oberbürgermeister, zur Finanzierung alternative Deckungsquellen im Haushalt zu identifizieren.
3. Der Stadtrat von Halle bittet den Oberbürgermeister, dem Stadtrat bis Mai 2020 Vorschläge zur Deckung des Mehrbedarfs vorzulegen.
4. Der Stadtrat von Halle sieht zur Beibehaltung einer qualitativ hochwertigen und barrierefreien Bürgerinformation die Notwendigkeit, den Druck und die Zustellung des Amtsblattes an die halleschen Haushalte in bisherigem Umfang beizubehalten.

gez. A. Raue

Fraktionsvorsitzender der AfD-Stadtratsfraktion

## **Begründung:**

Der Stadtrat von Halle achtet das Recht des Oberbürgermeisters, die Information der Bürger durch die Stadtverwaltung in eigener Zuständigkeit zu organisieren.

Mit dem Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MitBürger & Die PARTEI, SPD und Freie Demokraten zur Vorlage-Nr.: VII/2019/00602 - Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 wurde im Ordnungspunkt 2 festgelegt:

Im Produkt 1.11107 Amtsblatt, Pressearbeit u. Printpublikationen wird der Ansatz für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 30.000,00 Euro vermindert.

Dieser Beschluss darf in seiner Konsequenz nicht zu einer Reduzierung des Informationsangebotes für die Bürger unserer Stadt führen.

Mit dem Haushaltsbeschluss eingesparte Mittel müssen dem ursprünglichen Zweck wieder zugeführt werden, um den Bürgern Mehraufwendungen zu ersparen und entstehende Informationsbarrieren zu vermeiden

Das Amtsblatt ist das wichtigste kommunikative Element zwischen der Stadt Halle und den Bürgern unserer Stadt. Bedeutende Bekanntmachungen, kommunalpolitische Entwicklungen, städtebauliche Planungen, anstehende Entscheidungen und politische Ereignisse der Stadt werden dort veröffentlicht.

Besonders ältere Menschen nutzen aus vielfältigen Gründen keine digitalen Medien zur Information. Sie wollen aber dennoch rechtzeitig über die wichtigsten Veränderungen im Stadtgebiet informiert werden, um gegebenenfalls ihre Mitwirkungsrechte im Verlauf der Entscheidungsprozesse wahrnehmen zu können.

Vielen Lesern und kommunal interessierten Bürgern bietet die gedruckte Ausgabe den einzigen barrierefreien Zugang zu diesen Informationen. Durch die kostenfreie Lieferung in den Hausbriefkasten benötigt man weder zusätzliche Geräte noch finanziellen Aufwand, um am kommunalen Geschehen teilzunehmen.

Vor dem Hintergrund sinkender Auflagen und ansteigender Abonnement-Preise bei regionalen Printmedien, welche die Selbstinformation der Bürger verteuern und somit einschränken, sind die aktuellen Amtsblattausgaben eine wesentliche und qualitativ hochwertige Primär-Informationsquelle für die Bürger der Stadt Halle (Saale).

Die absehbare Informationseinschränkung wäre für die Betroffenen einschneidend und kaum zu kompensieren.

In der Folge wären sämtliche Initiativen des Stadtrates zur Steigerung von Bürgerbeteiligung und Aktivierung der Öffentlichkeit zur Mitwirkung bei kommunalen Entscheidungen wegen fehlender Informationsbasis und reduziertem Faktenzugang scheinheilig.

Die AfD-Stadtratsfraktion fordert alle anderen progressiven Fraktionen des Stadtrates auf, in dieser sachpolitisch bedeutenden Frage, eventuell vorhandene ideologische Schranken beiseite zu lassen und sich gemeinsam für den Erhalt der Belieferung der halleschen Haushalte mit Druckexemplaren des Amtsblattes in bestehendem Umfang auszusprechen.